Landeshauptstadt Magdeburg - Die Oberbürgermeisterin - Dezernat IV Amt IV	Datum 02.08.2022 **Öffentlichkeitsstatus** öffentlich

I N F O R M A T I O N **I0197/22**

Beratung	Tag	Behandlung
Die Oberbürgermeisterin Stadtrat	09.08.2022 01.09.2022	nicht öffentlich öffentlich

Thema: Information zum Standortwettbewerb für das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“

Die Bundesregierung hat am 3. April 2019 die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ eingesetzt, um der öffentlichen Debatte über das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger aus Ost und West neue, praxisorientierte und zukunftsgerichtete Impulse zu geben. Die Kommission veröffentlichte im Dezember 2020 ihren Abschlussbericht. Darin enthalten war die Gründung eines „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“, das im Rahmen eines Wettbewerbs unter interessierten Städten der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ausgelobt werden soll. Das Konzept hierzu wurde am 16.06.2021 der Presse vorgestellt.

Bereits am 15.07.2021 beschloss der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg mit einem interfraktionellen Antrag (A0137/21) einstimmig, dass die Landeshauptstadt Magdeburg sich an der geplanten Ausschreibung als Standort für das geplante Zukunftszentrum beteiligen und alles Erforderliche dafür vorbereiten soll. Allerdings ging man zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass der Städte-Wettbewerb 2021 ausgelobt und im ersten Halbjahr 2022 entschieden werden sollte. Diese Zeitschiene konnte von der neuen Bundesregierung nicht gehalten werden. Erst mit Beschluss vom 04.05.2022 legte die Bundesregierung die Eckpunkte zur Gründung eines „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ (im Folgenden als Zukunftszentrum bezeichnet) fest, welche vom Deutschen Bundestag am 19.05.2022 bekräftigt wurden. Die Auslobung mit den Wettbewerbskriterien (s. Anlage 1) erfolgte am 01.07.2022.

Parallel wurden im Landtag Diskussionen dazu geführt, wie sich das Land Sachsen-Anhalt bezüglich potentieller Standortkommunen positionieren soll. Die Diskussion mündete in einem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, in dem der Landtag aufgefordert wurde, die sachsen-anhaltischen Bewerbungen ideell und mit 50.000 Euro zu unterstützen. Dieser Antrag wurde im Frühjahr 2022 weiter qualifiziert, indem nunmehr analog zu dem Land Brandenburg mit der Unterstützung Berlins und Mecklenburg-Vorpommerns sich auch das Land Sachsen-Anhalt auf eine Kommune fokussieren und diese mit den finanziellen Mitteln unterstützen solle.

Um eine Entscheidung der Landesregierung herbeizuführen, wurden mit den vier interessierten Kommunen Magdeburg, Halle, Lutherstadt Wittenberg und Dessau-Roßlau Fachgespräche sowohl im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur als auch mit der Staatskanzlei geführt. Die anschließende Entscheidung des Kabinetts für Halle wurde laut Pressemitteilung der Landesregierung mit folgender Begründung getroffen:

„Anhand der Kriterien des Standortwettbewerbs des Bundes erfüllt die Stadt Halle die Voraussetzungen am besten und hat damit die größten Erfolgsaussichten im Wettbewerb“, sagte Staatsminister und Minister für Kultur Rainer Robra. Ausschlaggebend seien insbesondere die gut vernetzten wissenschaftlichen Einrichtungen mit starken, breit gefächerten thematischen Bezügen zum Inhalt des Zukunftszentrums, das breite Kulturangebot und die große Vielfalt von Kultureinrichtungen im Sinne einer fachübergreifenden Vernetzung. Hinzu komme die optimale Erreichbarkeit der Stadt per Auto, Bahn und Flugzeug und die innerstädtische und fußläufige Lage des vorgesehenen Standortes des Zentrums am Riebeckplatz. Deshalb werde die Landesregierung die Stadt Halle bei der Vorbereitung und Durchführung der Bewerbung mit 50.000 Euro unterstützen.

Die Magdeburger Stadtverwaltung hatte anhand des Abschlussberichts gemäß ihrem Auftrag in der Zwischenzeit folgende Schritte unternommen:

In der zweiten Jahreshälfte 2021 wurde ein Grundstück im Wissenschaftshafen, östlich der Sandtorstraße (Flurstück 10046), identifiziert, das die Kriterien für das

- Zukunftszentrum bestens erfüllt. Im Frühjahr 2022 wurde die Hermann-Gieseler-Halle als Bestandsbau mit Erweiterungspotential als weitere Option hinzugefügt.
  Damit konnte Magdeburg zwei zentral gelegene, attraktive Alternativen mit Baurecht in den Wettbewerb schicken.

- Die Initiative der Stadt wurde unter der Federführung der Kulturbeigeordneten am 21.01.2022 mit dem ThinkTank DYNA der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU) erweitert.

- Parallel dazu erfolgten Gespräche mit dem zuständigen Mitarbeiter der Staatskanzlei, Herrn Kraye, der in Verbindung mit der Bundesregierung stand, und den aktuellen Stand zum Bewerbungsverfahren im Bund und im Land kommunizierte.

- Am 10.03.2022 wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe gebildet, um sich auf den Wettbewerb vorzubereiten. Mitglieder dieser Projektgruppe waren Vertreter*innen des ThinkTanks DYNA, der Stabsstelle Bildung und Wissenschaft, des Kulturhistorischen Museums und der Pressestelle der LH Magdeburg.
  In mehreren AG-Treffen wurden u.a. folgende vorbereitende Maßnahmen durchgeführt:
  - Erarbeitung einer Präsentation für die Bewerbung
  - Vorbereitung und Durchführung von Unterstützer*innen-Treffen
  - Pressemitteilungen und Öffentlichkeitsarbeit

- Am 26.04.22 fand ein Treffen von 19 Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Universität, der Hochschule, wissenschaftlicher Einrichtungen und der Gedenkstätten im Alten Rathaus mit der Themenstellung: Was kann Magdeburg wissenschaftlich zum Thema "Deutsche Einheit und europäische Transformation" beitragen?“ statt.

- Eine Woche später erfolgte am 03.05.2022 in der Johanniskirche gemeinsam mit dem OB Dr. Lutz Trümper eine Präsentation „Magdeburg: Der ideale Standort“ vor knapp 40 Unterstützer*innen. Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft unterzeichneten anschließend ein Unterstützer*innenschreiben, was anhand einer Pressemitteilung kommuniziert wurde.

- Am 13.05.2022 fand das Fachgespräch im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur im Landtag statt, zu dem alle interessierten Kommunen des Landes eingeladen wurden.
  Das Interesse der Landeshauptstadt wurde von der Kulturbeigeordneten Regina-Dolores Stieler-Hinz anhand einer PowerPoint (Anlage 2) präsentiert, unterstützt durch Dr.

Karsten Steinmetz vom Thinktank DYNA der OvGU und dem Kurator für Zeitgeschichte, Dr. Michael Stöneberg, vom Kulturhistorischen Museum. Auch Halle und Wittenberg präsentierten sich an diesem Tag, die Stadt Dessau tat dies am 17.06.2022.

- Um das Interesse der Landeshauptstadt während der Entscheidungsfindung des Landes viral zu erhalten, wurde ein Interview mit dem Rektor der OvGU und der neuen Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal mit der Volksstimme zum Zukunftszentrum durchgeführt und am 11.07.2022 veröffentlicht.

- Am 12.07.2022 lud die Staatskanzlei die vier Kommunen ein, um ihr Interesse anhand der inzwischen veröffentlichten Auslobung erneut zu bekunden und darzustellen. An diesem Termin nahmen sowohl die Oberbürgermeisterin als auch die Bürgermeisterin teil.

Trotz der gemeinsamen Bemühungen der Stadtverwaltung, der Universität, der Hochschule und der Stadtgesellschaft, der attraktiven Standorte und der lebendigen Transformationsgeschichte Magdeburgs hat sich die Landesregierung am 19.07.2022 dazu entschlossen, Halle mit 50.000 Euro für ihre Bewerbung um das Zukunftszentrum zu unterstützen und den anderen Kommunen nahegelegt, als „Außenseiter mit äußerst geringen Chancen“ ihre Bemühungen einzustellen.

Nach intensiver Beratung in der AG am 21.07.2022, an der auch beide Rektor*innen teilnahmen, hat sich die Runde in Abstimmung mit der Oberbürgermeisterin dazu entschlossen, die äußerst ambitionierte Bewerbung, die bis zum 30.09.2022 eingereicht sein müsste, einzustellen, da nun auch offiziell der Bewerbung der Landeshauptstadt von Seiten der Landesregierung geringere Chancen als Halle eingeräumt wurden:
„So enttäuschend es ist, aber diese – eher politisch motivierte – Entscheidung ist nun einmal nicht für uns gefallen. Da die Landesregierung eine andere Kommune Sachsen-Anhalts öffentlich unterstützt, sind die Hürden nun zu hoch geworden. Ohne den notwendigen Rückenwind der Regierung ist eine Bewerbung aus unserer Sicht nicht mehr erfolgsversprechend.“ So die Oberbürgermeisterin Simone Borris in der anschließenden Pressemitteilung vom 22.07.2022 (Anlage 3).

Stieler-Hinz

Anlagen:
1. Auslobung Standortwettbewerb Zukunftszentrum
2. PowerPoint vom 13.05.2022
3. Pressemitteilung vom 22.07.2022